

Immer mehr Unfälle mit E-Bikes

Oft sind ältere Nutzer betroffen

Goslar. Die Zahl der schweren Unfälle mit E-Bikes nimmt weiter zu. In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 seien bundesweit knapp 4300 Unfälle mit Personenschäden registriert worden, an denen die oft auch als Pedelecs (Pedal Electric Cycle) bezeichneten Räder beteiligt gewesen seien, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) mit. Dies seien 28 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

In Niedersachsen seien bei der Anzahl der tödlich verunglückten sowie der schwer- und leichtverletzten Pedelec-Nutzer für 2017 Steigerungen im Vergleich zum Vorjahr festzustellen, teilte das Innenministerium in Hannover mit. Auch in Bremen habe es mehr Verletzte gegeben, sagte Polizeisprecher Nils Matthiesen. Genaue Zahlen wollen die Innenressorts zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgeben.

Nach Angaben des Fahrrad-Clubs ADFC gibt es in Deutschland mittlerweile rund 3,5 Millionen Pedelecs. Allein 2017 seien knapp 700 000 neu hinzugekommen, ein Anstieg um

rund 25 Prozent. Grundsätzlich sei der Anstieg der Unfallzahlen durch die steigende Zahl der E-Bikes zu erklären, sagte ADFC-Sprecherin Stephanie Krone.

Der Unfallforscher Siegfried Brockmann weist auf die steigende Zahl älterer Verkehrsteilnehmer hin, die Fahrräder mit zusätzlichem Elektromotor nutzen. „Der Anteil Älterer an Pedelec-Unfällen ist überdurchschnittlich hoch.“

Die Zahl getunter E-Bikes ist gestiegen

Zudem steige die Zahl illegal getunter Pedelecs, die schneller fahren als die erlaubten 25 Stundenkilometer, sagte Brockmann, der die Unfallforschung der Versicherer (UDV) leitet, im Vorfeld des Verkehrsgesichtstages in Goslar.

Der Expertenkongress hatte sich in der Vergangenheit wiederholt mit dem Thema „Pedelecs“ und Möglichkeiten zum Schutz der Fahrer befasst. Der 56. VGT findet vom 24. bis 26. Januar statt.



Der Lkw kam in Höhe Wechloy von der Autobahn 28 ab und stürzte von einer Brücke.

Garnelen-Laster stürzte von Brücke

Bergung dauerte Stunden / Teilspernung in Richtung Emden bleibt

Oldenburg. Ein mit tiefgefrorenen Garnelen beladener Lastwagen ist in Oldenburg von einer Autobahnbrücke gestürzt. Der 40-Tonner kam in der Nacht zum Samstag wegen Glätte von der A28 ab, durchschlug ein Brückengeländer und blieb auf einer darunter verlaufenden Straße liegen, wie die Polizei mitteilte. Das Führerhaus hing an der Brücke fest, der 31 Jahre alte Fahrer kam mit leichteren

Blessuren davon. Er hatte ersten Ermittlungen zufolge ein Auto überholt und war dann auf der eisglatten Fahrbahn ins Schleudern geraten. Die Garnelen verteilten sich auf der Fahrbahn.

Die Bergung des Lastwagens und der Fracht dauerte den ganzen Samstag an, erst am Abend wurde die Straße unter der Brücke wieder freigegeben. „Bei der Brücke besteht keine Einsturzgefahr, das

Brückengeländer wurde gesichert“, sagte eine Sprecherin der Polizei am Sonntag.

Eine Spur der Autobahn in Richtung Emden/Leer bleibt weiterhin gesperrt, der Verkehr wird über den Überholstreifen geleitet. Heute soll laut Polizeiangaben entschieden werden, wie der Schaden zu beheben ist. Die Schadenshöhe beträgt nach ersten Schätzungen rund 120 000 Euro.

Kurznachrichten

Nach Schlägen in Lebensgefahr

Meppen. Auf dem Heimweg von einer Firmenfeier ist ein Mann in Meppen zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt worden. Der 52-jährige wurde nach eigener Schilderung attackiert, als er mit seinem Fahrrad an einer Fußgängergruppe vorbeifahren wollte. Dabei stürzte der Mann wurde daraufhin geschlagen und getreten. Der 52-jährige schaffte es noch alleine nach Hause. Am Samstagmorgen erzählte er seiner Frau von der nächtlichen Attacke. Sie fuhr ihn wegen der schweren Gesichtsverletzungen in ein Krankenhaus. Dort wurden mehrere Knochenbrüche festgestellt, der Mann kam in ein künstliches Koma.

Laute Explosion in Bremen

Bremen. Ein Sprengkörper ist gestern vor einer Häuserreihe in Bremen explodiert. Der Vorfall ereignete sich am frühen Morgen in einem Neubaugebiet in Arsten. Verletzt wurde niemand. Angaben zu Tatverdächtigen und Hintergründen der Tat wollte die Polizei mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen nicht machen.

Bekanntmachungen

BEKANNTMACHUNG

Trassentausch COBRA Kabel – DolWin 5 See (vormals BorWin 4 See) – 2. Planänderung COBRA Kabel, 1. Planänderung DolWin 5 See

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Stabsstelle Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, führt auf Anträge der TenneT TSO B.V., Utrechtseweg 310, NL-6812 AR – Arnhem, sowie der TenneT Offshore GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth, für das o. a. Vorhaben ein Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 43a ff. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in Verbindung mit den §§ 15 bis 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sowie den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) durch.

Die bei Einleitung des Planfeststellungsverfahrens „für die Errichtung und den Betrieb eines 350-kV-HGÜ Seekabel von Endrup (DK) nach Eemshaven (NL) über deutsches Gebiet – COBRACable“ – Im Folgenden „COBRA Kabel“ – (Az.: 3331-05020-18) vorliegenden Planungen haben bereits vom 26.06.2015 bis zum 27.07.2015 in der Stadt Norden, der Gemeinde Krummhörn, der Gemeinde Juist, der Stadt Borkum sowie der Stadt Emden öffentlich ausgelegen. Die Unterlagen für das damalige Planfeststellungsverfahren zur „Netzanbindung BorWin4 der Offshore-Plattform BorWin delta mittels einer 600-kV-Gleichstromleitung – Seetrasse: 12 Seemeilen-Grenze bis zum Anlandepunkt Hamswehrum“ – im Folgenden „BorWin 4 See“ – (Az.: 3326-05020 BorWin 4 See) lagen in der Zeit vom 02.04.2013 bis 02.05.2013 in der Stadt Emden, der Gemeinde Krummhörn, der Stadt Borkum sowie der Gemeinde Hinte aus. Mit Planverzicht der Planfeststellungsbehörde vom 20.12.2017 (Az.: P233-05020-45-Änderung BorWin4 auf DolWin5/3326-05020 BorWin 4-See) wird die am 20.06.2014 planfestgestellte BorWin 4 See-Trasse nunmehr für die Errichtung und den Betrieb eines Netzzanschlusses der Offshore-Plattform DolWin epsilon genutzt und das auf dieser Trasse zu errichtende Netzanbindungssystem in „Netzanbindung DolWin5, 600 kV-DC-Leitung DolWin epsilon – Emden/ Ost Abschnitt Seetrasse“ – im Folgenden „DolWin 5 See“ umbenannt. Die TenneT TSO B.V. hat eine 2. Änderung des bereits mit Plangenehmigung vom 30.05.2016 (Az.: 3331-05020-18 (Änderung I)) geänderten Planfeststellungsbeschlusses vom 31.03.2016 für das Vorhaben COBRA Kabel beantragt. Zugleich hat die TenneT Offshore GmbH eine Änderung des Vorhabens DolWin 5 See beantragt. Die Planfeststellungsbehörde beabsichtigt, die beiden zuvor genannten Projekte i. S. d. § 78 VwVfG zusammenzuführen, sodass nur ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird.

Nebenbestimmung A.3 zum Genehmigungsbescheid des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie vom 17.12.2015 für den in der Außenwirtschaftszone (AWZ) gelegenen Abschnitt des Vorhabens COBRA Kabel (Az.: 5231/COBRACable/M5208) untersagt eine solche Verlegung des COBRA Kabels, die Zwischenräume für die spätere Verlegung weiterer Kabelsysteme vorsieht. Dem liegt die technische Anforderung zugrunde, ein Verlegen von Kabeln zwischen zwei sich bereits in Betrieb befindlichen Kabeln zu vermeiden. Infolgedessen sind die Trassen COBRA Kabel und BorWin 4 See in der AWZ zu tauschen, weil COBRA das zuerst verlegte Kabel sein wird. Da diese Leitungssysteme mit Eemshaven und Hamswehrum unterschiedliche Anlandungspunkte haben, müssen sie an einem Punkt des gemeinsamen Trassenverlaufs wieder zurück auf die derzeit planfestgestellte Routenführung wechseln. Das Zurückwechseln soll möglichst küstennah und daher im niedersächsischen Küstenmeer erfolgen. Die planfestgestellte BorWin 4-See-Trasse wird, wie zuvor ausgeführt, fortan für das Netzanbindungssystem DolWin5 See genutzt. Dementsprechend muss der Tausch der Trassen nunmehr zwischen COBRA Kabel und DolWin5 See

erfolgen.

Gegenstand der Planänderung ist im Wesentlichen

- ein Tausch der Kabeltrasse im nördlichen Abschnitt des Küstenmeeres mit dem parallel geplanten Netzanbindungssystem DolWin 5 See (vormals BorWin 4 See) von Kilometerpunkt (KP) 43 bis zur 12 sm-Grenze/AWZ
- eine Anpassung bzw. Konkretisierung des Verlegegerätes ab der 10 m- bzw. 14 m-Tiefenlinie: Einsatz des Heavy Duty Plough
- ein Vorbaggern im Bereich des Fahrwassers der Westerems.

Einzelheiten sind aus den geänderten Planunterlagen ersichtlich.

Für das Vorhaben wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, Abs. 4 i.V.m. § 7 Abs. 3 UVPG durchgeführt. Die Vorhabenträger haben das Entfallen der UVP-Vorprüfung beantragt. Das Entfallen der allgemeinen Vorprüfung und die direkte Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung sind zweckmäßig. Es wird daher ohne vorherige Vorprüfung eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Die vorliegenden Planunterlagen zu den Änderungsverfahren COBRA Kabel und DolWin 5 See enthalten insbesondere:

- Erläuterungsbericht mit allgemeinverständlicher Zusammenfassung des Berichtes zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht)
- Übersichtspläne
- Beschreibung der Bauausführungen
- Lageplan / Bauwerksplan: Trassenpositionslisten
- Kreuzungsverzeichnisse
- Variantenvergleich zu Kreuzungspunkten der Trassen COBRA Kabel und DolWin 5 See
- Kabelverlegungsstudie
- Landschaftspflegerischer Begleitplan mit artenschutzrechtlicher Konfliktanalyse
- UVP-Bericht
- Natura 2000-Verträglichkeitsuntersuchung
- Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie
- Fachbeitrag zur Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie

II.

(1) Die geänderten bzw. ergänzten Planunterlagen liegen in der Zeit vom **29.01.2018** bis einschließlich zum **28.02.2018** bei der Stadt Emden, Ringstraße 38 b, Verwaltungsgebäude II – Fachdienst Stadtplanung im Zimmer 208, 26721 Emden während der Dienststunden

Montag bis Freitag: 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie Donnerstag: 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr zur allgemeinen Einsicht aus.

Eine Einsichtnahme in die Planunterlagen ist nach vorheriger telefonischer Terminabsprache (04921 87 1421) auch außerhalb der vorgenannten Zeiten möglich.

Darüber hinaus können die Planfeststellungsunterlagen im o. g. Auslegungszeitraum auch auf den Internetseiten <https://uvp.niedersachsen.de/startseite> sowie <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> eingesehen werden.

Im Falle von Abweichungen ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich (§ 20 Abs. 2 Satz 2 UVPG, § 27a Abs. 1 Satz 4 VwVfG).

Jeder, dessen Belange **durch die Änderungsplanung** berührt werden, kann sich zu der Planung äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Dasselbe gilt für Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung einzulegen. Die Äußerungen sind bis einschließlich zum **03.04.2018**, schriftlich oder

zur Niederschrift bei der Stadt Emden oder der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Stabsstelle Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, einzureichen. Vor dem **29.01.2018** eingehende Äußerungen werden als unzulässig zurückgewiesen.

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für dieses Planfeststellungsverfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, § 21 Abs. 4 UVPG.

Äußerungen können nur hinsichtlich der Änderungsplanung eingereicht werden.

Bei Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin/ ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin/ Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin/ ein einziger Unterzeichner als Vertreterin/ Vertreter für die jeweiligen Unterschriftenlisten bzw. gleich lautenden Äußerungen genannt werden. Vertreterin/ Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Äußerungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

(2) In den Fällen einer Planänderung kann gemäß § 43a Nr. 3 EnWG im Regelfall von der Erörterung im Rahmen eines Erörterungstermins abgesehen werden.

Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin/ der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 S. 4 VwVfG).

In dem Termin kann bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden.

(3) Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Einreichen von Äußerungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

(4) Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Äußerungen entscheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Planfeststellungsbehörde). Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die sich geäußert haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 1 VwVfG).

III.

Sobald der Plan ausgelegt oder andere Gelegenheit gegeben ist, den Plan einzusehen, dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (**Veränderungssperre, § 44a Abs. 1 EnWG**). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt. Unzulässige Veränderungen bleiben bei der Anordnung von Vorkehrungen und Anlagen nach § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG und im Entschädigungsverfahren unberücksichtigt.

Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufsrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).